

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 78 (1987)

Heft: 24

Artikel: Die wirtschaftliche Bedeutung der Wasserkraft für das Berggebiet

Autor: Cadruvi, D.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-903957>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftliche Bedeutung der Wasserkraft für das Berggebiet

D. Cadruvi

Die Nutzung der einheimischen Wasserkraft zeichnet sich durch eine hohe Versorgungssicherheit aus und gibt gleichzeitig entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur am Standort der Anlagen, sondern auch für die weitere Region. Das Interesse an Wasserkraftwerken ist in den letzten Jahren erneut gestiegen, dem Kraftwerksbau stellen sich jedoch neue Hindernisse und Einschränkungen entgegen. Die daraus erwachsenden Konflikte können nur durch eine Politik der seriösen Interessenabwägung gelöst werden.

L'utilisation des forces hydrauliques indigènes non seulement se distingue par une sûreté d'approvisionnement élevée, mais elle donne aussi des impulsions décisives au développement économique, et ceci non pas uniquement à l'endroit où se trouvent les installations mais également au reste de la région. L'intérêt porté aux centrales hydrauliques a de nouveau augmenté ces dernières années. Et pourtant, de nouveaux obstacles et restrictions compliquent la construction de nouvelles centrales. Les conflits en résultant ne peuvent être résolus que par une politique pesant sérieusement les divers intérêts en jeu.

Vortrag, gehalten an der Tagung der EOI Graubünden «Die Wasserkraft – Bedeutung, Ausbau und Heimfall» am 19./20. Juni 1987

Adresse des Autors

Regierungsrat Dr. Donat Cadruvi, Vorsteher des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartementes des Kantons Graubünden, Wasser- und Energiewirtschaft, Grabenstrasse 30, 7001 Chur

1. Energie – Grundlage für die Wirtschaft

Das Thema dieses Vortrages wird immer wieder zur Diskussion gestellt. Das ist angesichts seiner nach wie vor grossen Aktualität auch verständlich. Es geht um die Energie, und die Energie ist – das sei hier vorerst ganz allgemein festgehalten – eine unentbehrliche Grundlage für den Wirtschaftsprozess. Dieser Kernsatz ist in den Papieren zum GEK-Schlussbericht – diese Dokumente darf man getrost weiterhin zu Rate ziehen, auch wenn sie bald 10 Jahre alt sind – zu finden. Dort kann auch nachgelesen werden, welchen Anteil die Energiewirtschaft an den gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungen in unserem Lande hat: Investitionen, Beschäftigung, Aussenhandel, Fiskalerträge. Es wird mit Recht auch auf die Funktion der Energiewirtschaft als Auftraggeber für verschiedene Produktions-, Transport- und andere Dienstleistungen hingewiesen. Und schliesslich wird in den GEK-Akten durchaus mit Fug auch die ordnungspolitische Dimension der Energiepolitik herausgestrichen.

Dieser Aspekt hat in der Gegenwart an Spannung und Interesse keineswegs verloren. Ganz im Gegenteil. Mit der Energiepolitik wird allerhand «andere Politik» verknüpft.

Zusammenfassend kann aus den GEK-Schlussberichten in Erinnerung gerufen werden: Energie ist einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, gemessen am Bruttoinlandprodukt, für die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft und für die Verhaltensweise der privaten Haushalte. Diese Energie hat nachgewiesenermassen ihre entscheidende Rolle gespielt im Zusammenhang mit der Industrialisierung grosser Teile unseres Landes, und sie hat – trotz allen Kontroversen um die Auswirkungen ihres Einsatzes im

Arbeitsprozess – ihre Bedeutung bezüglich der Beschäftigung und der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen behalten. Das sind Fakten und nicht Ausreden, wie etwa von Gegnern der Kernergie im In- und Ausland gelegentlich etwas voreilig behauptet wird.

Energie ist also eine unentbehrliche Grundlage für den Wirtschaftsprozess. Das gilt auch für die Wasserkraft, und das gilt auch für das Berggebiet, in welchem diese Energie produziert wird, genauso wie in den Landesteilen, in denen die bei uns gewonnene Energie in der Fabrik, im Haushalt und im Verkehr eingesetzt wird.

Und mit der Wirtschaft hat es auch bei uns begonnen, nämlich in jenem berühmt gewordenen Jahr 1879, als ein St. Moritzer Hotel erstmals dank Strom beleuchtet wurde. Seither, vor allem in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts und dann nach dem Zweiten Weltkrieg, sind weitere Werke gebaut und betrieben worden. Diese Entwicklung ist in unserem Kanton trotz gelegentlichen Rückschlägen gewollt und gefördert worden, und niemand hätte es verstanden, wenn sie vernachlässigt worden wäre. Aber die Zeiten ändern sich.

2. Hohe Versorgungssicherheit der Wasserkraft

Wenn schon von wirtschaftlichen Zusammenhängen die Rede ist, soll an dieser Stelle ein Wort über die Versorgungssicherheit als Voraussetzung dafür eingeschoben werden, dass die aus der Wasserkraft gewonnene Energie ihre Funktion in der Wirtschaft dann auch sicher und zuverlässig erfüllen kann. Die GEK-Experten kamen in ihrem Kapitel «Versorgungssicherheit der Schweiz auf dem Energiesektor» zu folgenden Schlüssen:

- Die schweizerische Elektrizitätsversorgung stützt sich heute zum grössten Teil auf die Nutzung der Wasserkraft. Sie bildet das Rückgrat der Versorgung mit elektrischer Energie.
- Die Elektrizitätsversorgung zeichnet sich durch Sicherheit und Zuverlässigkeit des Betriebes aus.
- Sie hat entscheidend zur Industrialisierung und zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beigetragen.

●● Bei der umweltfreundlichen Umwandlung von Wasserkraft in elektrische Energie besteht eine weittragende Versorgungssicherheit. ●●

- Die Schweiz besitzt eines der dichtesten Versorgungsnetze der Welt.
- Die Versorgung weist eine weitgehend dezentralisierte Struktur auf.
- Die hydraulische Produktion von Elektrizität vermag annähernd einen Bedarf von 80%¹ zu decken. Sie wird sich aber in Zukunft nur in einem bescheidenen Masse ausbauen lassen.²

So konnte unter der Voraussetzung normaler Verhältnisse und im Vergleich zu den übrigen Energieträgern festgestellt werden, dass bei der umweltfreundlichen Umwandlung von Wasserkraft in elektrische Energie eine weittragende Versorgungssicherheit besteht.

Das sind doch Erkenntnisse, die für Bestand und Entwicklung unserer Wirtschaft ganz allgemein von erheblicher Bedeutung sind, und es lohnt sich, immer wieder bewusst und methodisch daran zu denken, dass dem so ist, weshalb es so ist und wie es wäre, wenn die Wirtschaft nicht auf diese Versorgungssicherheit zählen könnte.

Angesichts dieser guten Versorgungssicherheit und der Tatsache, dass wir hier über eine eigene Energiequelle verfügen, ist es verständlich, wenn in- und ausländische Fachleute erklären, es würden weiterhin energiepolitische und wirtschaftliche, aber auch gewich-

tige umweltpolitische Gründe für die Nutzung der Wasserkraft sprechen³.

3. Wasserkraft im Kanton Graubünden

Nach diesen allgemeinen, aber doch sehr relevanten Feststellungen wollen wir uns den Fragen zuwenden, die sich im Berggebiet und namentlich im Kanton Graubünden in diesem Zusammenhang stellen. Selbst auf die Gefahr hin, bereits bekannte Zahlen zu wiederholen, wollen wir – auch weil der menschliche Geist immer wieder der Erneuerung bedarf – folgendes nochmals festhalten:

Es ist – wirtschaftlich betrachtet – bemerkenswert zu wissen, dass sich die grösseren Kraftwerke bei uns in Gebieten befinden, die vor dem Kraftwerkbau mit besonders grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Diese Probleme waren es denn auch vielfach, die Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken im Kanton Graubünden seit mehr als 80 Jahren als so wichtig erscheinen liessen. Es waren wirtschaftliche und soziale

●● Die grösseren Kraftwerke befinden sich bei uns in Gebieten, die vor dem Kraftwerkbau mit besonders grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. ●●

Rückstände aufzuholen. Das muss man wissen, wenn man die Energiepolitik unseres Kantons auch heute noch verstehen will.

Es muss hier genügen, auf die Situation etwa im Misox, im Bergell, im Oberhalbstein, im Hinter- und im Vorderrheintal zu verweisen. In diesen Talschaften hat der Kraftwerkbau mit seinen direkten und indirekten Folgen und Auswirkungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung entscheidende Impulse ausgelöst. Diese Auswirkungen blieben denn auch keineswegs bloss auf die Standorte der Anlagen beschränkt. Sie strahlten vielmehr auf weitere Regionen praktisch des ganzen Kantons aus.

Natürlich ist der wirtschaftliche Aufschwung unseres Kantons und in den fraglichen Regionen nicht allein auf die Kraftwerke zurückzuführen. Es waren da noch der Fremdenverkehr, die Ansiedlung von Industriebetrieben, der Ausbau der Verkehrswege, eine recht aktive Investitionstätigkeit auch auf dem Lande – aber dies alles stand und steht doch in einem direkten Zusammenhang mit der sicheren Energieversorgung und mit der Möglichkeit, mit Hilfe der aus den Kraftwerken erzielten Erträge notwendige Infrastrukturen in der Provinz und in den Gemeinden aufzubauen. In vielen Fällen war der Kraftwerkbau Anlass und Gelegenheit, den Strassenbau im Kanton voranzutreiben – und was dies für die Regionen und Gemeinden bedeutet, braucht hier nicht eigens hervorgehoben werden. Aber man vergisst dies alles nur allzu rasch.

An dieser Stelle und im Hinblick auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für unseren Kanton glaube ich, dass eine spezielle Bemerkung zum Verhältnis Tourismus/Wasserkraftwerke anzubringen sei. In politischen Diskussionen wird von gewisser Seite her immer wieder behauptet, die weitere Nutzung der Gewässer beeinträchtige den Tourismus. Diese Behauptung wäre nur dann richtig, wenn wir Wasser und Landschaft übernutzen und zerstören würden, was natürlich unter allen Umständen verhindert werden muss. Historisch betrachtet ist es aber völlig verfehlt, so zu tun, als stünden sich diese beiden Branchen gegenseitig im Wege. Ganz im Gegenteil. Beide haben sich einerseits selbständig entwickelt und andererseits gegenseitig befruchtet. Dank den mit Kraftwerksgeldern finanzierten Investitionen in den Gemeinden und Regionen sind Infrastrukturen getätigt worden, die auch für den örtlichen und regionalen Tourismus von grossem Vorteil waren und noch sind. Dies liesse sich anhand praktischer Beispiele ohne weiteres belegen. Im übrigen sind es gerade jene Leute, die diesen Widerspruch der Interessen konstruieren, die bei jeder Gelegenheit auch gegen touristische Projekte einschreiten. Auch hier sind vernünftige Kompromisse notwendig, aber auch durchaus möglich.

3.1 Beispiel Albula-Landwasser-Kraftwerke

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes Regionalprobleme sind am Beispiel der Albula-Land-

¹ 1986: 59%

² Beilage 1 zum Schlussbericht GEK, November 1978, S. 95 ff.

³ z. B. Anton Jaumann, bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, in «Wasserkraft in Bayern», 1986, S. 40 ff.

wasser-Kraftwerke die Auswirkungen von Grossinvestitionen auf die Einkommenslage im Berggebiet untersucht worden. Während der Bauzeit dieser Kraftwerke von 1961–1968 wurden Zahlungen von insgesamt 125 Mio. Fr. geleistet. Für das untersuchte Einzugsgebiet (Davos, Wiesen, Schmitten, Bergün, Filisur-Alvaneu, Surava und Tiefencastel) wurden in diesem Zeitraum direkte und indirekte Zusatzeinkommen aus dem Kraftwerkbau von 14,5 Mio. Fr. oder 12% der Bausumme ermittelt. Dazu kommen beträchtliche Einkommenswirkungen im übrigen Kantonsgebiet, die nicht untersucht worden sind. Die primären Zahlungen an Empfänger im übrigen Kantonsgebiet waren mit 53 Mio. Fr. ziemlich genau fünfmal so gross wie diejenigen an Empfänger im untersuchten Einzugsgebiet.

Mit dem Ende der Bauphase hören natürlich die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kraftwerkbaus nicht auf. In der erwähnten Studie des Nationalen Forschungsprogramms Regional-

„Mit dem Ende der Bauphase hören natürlich die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kraftwerkbaus nicht auf.“

probleme werden Einkommenswirkungen des Kraftwerkbetriebs für die untersuchten Gemeinden auf etwa 2 Mio. Fr. pro Jahr geschätzt. Gesamthaft werden die Auswirkungen des Baues der Albula-Landwasser-Kraftwerke wie folgt beurteilt: «Da die Mehrheit der laufenden Einkommenseffekte des Kraftwerkbetriebs (und auch ein guter Teil der einmaligen Einkommenseffekte der Bauphase) den Gemeindekassen zugute kommt, ist die Auswirkung der Kraftwerke auf die Einkommenslage im Projektgebiet im öffentlichen Sektor besonders deutlich spürbar (z. B. Neubau von Schul- und Gemeindehäusern).

Doch auch im privaten Bereich kann der wirtschaftliche Aufschwung, den die Talschaften seit dem Bau der Kraftwerkanlagen erlebt haben, nicht übersehen werden. Die Investition hat sich als wesentliches Stimulans für die wirtschaftliche Entwicklung des Projektgebietes erwiesen und entscheidend zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in dieser Bergregion beigetragen.»

3.2 Kraftwerke als Investitionsobjekte

Für die Gesamtheit der Kraftwerke liegen derart detaillierte Untersuchungen nicht vor. Die Regierung hat 1979 eine Erhebung über die Bedeutung der Wasserkraftwerke in Graubünden durchgeführt. Seither sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Unter Berücksichtigung der in Ausführung begriffenen Projekte (Ilanz I und II, Erweiterung Albula-Landwasser-Kraftwerke, Erneuerung Stauanlage Solis) und der vorhandenen neueren Daten (z. B. Steuern) kann heute etwa von folgenden Werten ausgegangen werden: Die gesamten Investitionen in Kraftwerke in Graubünden belaufen sich auf rund 4 Mia. Fr. Davon wurden Aufträge für mehr als 2 Mia. Fr. an Firmen mit Sitz im Kanton vergeben. Der Bauwert jener Anlageteile, die nach Ablauf der Konzession unentgeltlich an die Gemeinden und den Kanton fallen (Heimfall), beträgt mehr als 2,5 Mia. Fr. Bei diesem Betrag handelt es sich um die Erstellungskosten und nicht um den heute nicht bestimmbaren Verkehrswert im Zeitpunkt des Heimfalls.

An den Bau von Strassen, die auch anderen als nur ihren eigenen Zwecken dienen, haben die Ersteller von Kraftwerken die beachtliche Summe von rund 150 Mio. Fr. geleistet. Die Hälfte davon wurde in Form von Beiträgen, die andere Hälfte als zinslose Vorfinanzierung gewährt.

3.3 Kraftwerke als Arbeitgeber

Wesentliche Bedeutung kommt den Kraftwerken als Arbeitgeber zu. Die Zahl von etwa 900 Arbeitsplätzen vermag vielleicht vorerst nicht allzusehr zu beeindrucken. Wichtig ist aber, dass diese Arbeitsplätze zu etwa drei Vierteln stark dezentralisiert in den Entwicklungsregionen unseres Kantons angeboten werden. Die Bruttolohnsumme der Beschäftigten in Kraftwerkbetrieben dürfte sich auf rund 50 Mio. Fr. im Jahr belaufen. In zahlreichen Gemeinden unseres Kantons und auch in ganzen Talschaften ist die Entvölkerung ein zentrales Problem. Die Besiedlung dieser Gebiete kann nur dann sichergestellt werden, wenn ein qualitativ und quantitativ befriedigendes Angebot an Arbeitsplätzen vorhanden ist. In kleinen Gemeinden sind bereits einige wenige Arbeitsplätze von wesentlicher Bedeutung. In diesen Fällen tragen die attraktiven und sicheren Arbeitsplätze in den Kraft-

werken erheblich zur Erhaltung der Besiedlung des Berggebietes bei.

3.4 Abgaben der Kraftwerke

Die Abgaben der Kraftwerke an die öffentliche Hand bieten seit einiger Zeit Anlass zu intensiven Diskussionen. Bei der Besteuerung der Partnerwerke und den Wasserzinsen ist einiges in Bewegung geraten. Darauf soll später eingetreten werden. Hier geht es

„Die attraktiven und sicheren Arbeitsplätze in den Kraftwerken tragen erheblich zur Erhaltung der Besiedlung der Berggebiete bei.“

vorerst um die momentan effektiv erbrachten Leistungen der Kraftwerke.

1983 haben die Kraftwerksgesellschaften 20,5 Mio. Fr. an Ertrags- und Vermögenssteuern bezahlt. Das sind gut 40% des gesamten Ertrages von juristischen Personen. Dazu kommen 3,4 Mio. Fr. Sonderabgabe für hohe Vermögen und 18,8 Mio. Fr. Zuschlagssteuern für den interkommunalen Finanzausgleich und etwa 2 Mio. Fr. Kultussteuern. Die Wasserwerksteuer bringt dem Kanton bei den bisherigen bundesrechtlichen Maximalansätzen im Mitteljahr rund 12 Mio. Fr. ein. Nur wenig niedriger fallen die Wasserzinseinnahmen der Gemeinden aus. Der Ertrag der Liegenschaftssteuer der Gemeinden kann auf rund 3 Mio. Fr. geschätzt werden. Daraus ergibt sich, dass die Kraftwerksgesellschaften den Gemeinden und dem Kanton jährlich etwa 70 Mio. Fr. an Steuern und Wasserzinsen einbringen. Im Jahre 1990 dürften es über 90 Mio. pro Jahr sein.

3.5 Konzessionsenergie und Energiebezugsrechte

Neben diesen finanziellen Erträgen sind auch die Naturalleistungen der Kraftwerke in Form von sog. Konzessionsenergie zu erwähnen. Den Gemeinden werden ca. 17 Mio. kWh Gratisenergie, ca. 71 Mio. kWh Vorzugsenergie und über 120 Mio. kWh Zusatzenergie zur Verfügung gestellt. Mit dieser Energie können die Gemeinden entweder ihren Einwohnern und Betrieben günstige Stromtarife ermöglichen oder dann zusätzliche Einnahmen erzielen. Einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung kommt

bei der Wahl von Betriebsstandorten steigende Bedeutung zu. Ein verstärkter Einsatz dieser Energie als Instrument der kommunalen Wirtschaftsförderung wäre deshalb wünschenswert.

Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die dem Kanton zustehenden Energiebezugsrechte. Gegen Entrichtung der anteiligen Jahreskosten kann der Kanton über ca. 460 Mio. kWh pro Jahr verfügen. Zur Verwertung dieser Energie ist ja bekanntlich die Griselectra AG gegründet worden, die im vergangenen Geschäftsjahr dem Kanton und den beteiligten Gemeinden insgesamt 1,1 Mio. Fr. an Aufgeld abgeliefert hat.

Diese Zahlen sind nicht mehr in allen Teilen aktuell. Sie sind aufzuarbeiten, haben aber an Aussagekraft auch für die Gegenwart nichts eingebüsst.

4. Politik der seriösen Interessenabwägung

Nach dem Kraftwerkboom der fünfziger und sechziger Jahre waren während längerer Zeit keine bedeutenden Veränderungen zu registrieren. In Erwartung des billigen Atomstroms schien der weitere Ausbau der Wasserkräfte nicht lohnend. Selbst erteilte Konzessionen wurden nicht ausgenutzt. Damit bleiben auch die Produktionsmöglichkeiten und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen für Graubünden recht stabil.

Seit einigen Jahren ist nun allerdings wieder Bewegung in die Energieszene gekommen. Unerwartete Schwierigkeiten und unerfüllte (finanzielle) Hoffnungen beim Bau von Kernkraftwerken liessen die Attraktivität von Wasserkraftwerken wieder deutlich ansteigen. Bestehende Konzessionen wurden wieder aus der Schublade geholt und auch Gesuche für neue Konzessionen eingereicht. In

“Die Wasserkraft wird wichtiger und kostbarer.”

die gleiche Richtung weisen die Probleme mit dem Erdöl als Energieträger. Die enormen Preisschwankungen, die immer deutlicher sichtbar werden, den negativen Auswirkungen der Luftverschmutzung und die sowohl kurz- als auch langfristig abnehmende Versorgungssicherheit verstärken die Notwendigkeit nicht nur von Sparmass-

nahmen, sondern auch von Anstrengungen zur Substitution des Erdöls durch andere Energieträger, wie z. B. durch die Elektrizität. Die Wasserkraft wird also wichtiger und kostbarer. Es ist sicher gerechtfertigt, dass die Bergkantone, als hauptsächliche Eigentümer der Wasserkraft, angemessen an dieser Aufwertung teilhaben möchten.

Es wachsen aber gleichzeitig auch die Hindernisse und Einschränkungen. Woher stammen sie? Es ist einmal den prinzipiellen Gegnern des Kraftwerkbaues in den letzten Jahren gelungen, diese ganze Sache in Verruf zu bringen. Man bringt die Kraftwerke – mit kraftvoller Hilfe eines Teils der Medien – in Beziehung zur Umweltzerstörung und zu vielen anderen Sünden. Dieser Bewegung ist zu erwidern, und zwar nicht nur mit verbalen Erklärungen, sondern mit einer verantwortungsbewussten Politik: Kein Raubbau an der Natur, keine Politik des letzten Wassertropfens – aber im Interesse der Öffentlichkeit auch kein Ausstieg, sondern die Politik der seriösen Interessenabwägung. Es sind vernünftige Kompromisse zwischen den Interessen, die sich widerstreiten, immer möglich. Man muss es nur wollen. Man muss vor allem auf extreme Haltungen und Forderungen an allen Fronten verzichten und im Gespräch Sachverstand walten lassen.

Aus solchen Gesprächen mit Sachverstand wird hervorgehen, dass wir mit den immateriellen Gütern auch in diesem Bereich sorgsam und pflichtbewusst umgehen müssen, dass wir aber auch schlechte Energieträger mit der umweltfreundlichen elektrischen Energie teilweise ersetzen können. Weniger Strom bedeutet mehr Einsatz fossiler Energieträger, jedenfalls so lange, wie der Energiekonsum ansteigt und ökologisch bessere Ersatzenergien nicht in genügenden Mengen und mit der gebotenen Zuverlässigkeit bereitgestellt werden können.

Reden wir nochmals von den wirtschaftlichen Faktoren dieser ganzen Politik und fragen wir uns, was – wirtschaftlich gesehen – masslose Beschränkungen oder sogar Verbote für die Zeit der Erneuerung von auslaufenden Konzessionen und der Ausübung der verbrieften Heimfallrechte bedeuten müssten: für die Inhaber der Werke, aber auch für die Gemeinden und für den Kanton. Diese Frage an die Zukunft ist nicht zu vermeiden. Wir stehen unmittelbar vor Ereignissen, die von uns in Wirtschaft und Politik eine klare Antwort erwarten.

Welche Antwort haben die Bergkantone zu erteilen? Sie liefern den Rohstoff, und sie sind – ich wiederhole dies ganz bewusst – befugt, ihn zu nutzen. Sie haben auch politisch dafür zu sorgen, dass ihre Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit für die Entscheidung der Zukunft nicht über Gebühr und auf sachlich unbegründete Art eingeschränkt oder gar aufgehoben werde – weder durch Bundesinterventionen noch unter Druck irgendwelcher Ideologien. Es gibt aber natürlich auch nicht einen Weiterausbau der Wasserkraftwerke um jeden Preis. Jeder Entscheid bedarf gründlicher Prüfung auch unter dem Gesichtswinkel der Umweltprobleme. Die Zeit der Umweltverträglichkeitsprüfung ist gekommen. Wir nehmen diesen Auftrag der Gegenwart ernst, auch wenn seine Ausführung in der Praxis ihre Schwierigkeiten und ihre Tücken hat – und auch wenn wir dafür mehr Zeit und Geduld aufwenden müssen als in früheren Zeiten. Machbar wäre vielleicht nicht nur der Ausstieg aus der Kernkraft, sondern die feierliche Proklamation des Endes der Wasserkraftnutzung. Aber auch in diesem Falle wäre zu fragen: Um welchen Preis?

Dies vorausgesetzt ist mit aller Klarheit auch zu sagen, dass die Bergkantone als Produzenten der guten, ver-

“Die Wirtschaft dieses Landes wird auch in Zukunft auf unseren Strom angewiesen sein.”

fügbaren und umweltfreundlichen elektrischen Energie gut daran tun, ihre eigenständige Politik zu betreiben und sich nicht – von wem auch immer – in die Defensive drängen zu lassen. Wenn sie auf diesem Gebiet eine gute, eine verantwortungsbewusste Politik machen, dann geschieht dies zwar in ihrem – legitimen – Interesse, aber auch im Interesse des ganzen Landes. Die Wirtschaft dieses Landes wird auch in Zukunft auf unseren Strom angewiesen sein. Niemand kann uns daran hindern, beim Planen der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Zukunft zu prüfen, wie die Interessen des Berggebietes geschlossener, einheitlicher und wirksamer als in der Vergangenheit wahrzunehmen seien. Dabei darf jeder Eidgenosse weiterhin damit rechnen, dass wir gute, zuverlässige Gesprächs- und Vertragspartner sind.